



LESEZEICHEN

BILDANSICHT



## INNENPOLITIK

## Die Renten steigen deutlich langsamer

**Vorsorge Das Ruhestandsgeld wird absehbar stärker von den Arbeitseinkommen entkoppelt. Die Linke fordert eine Mindestrente.**

Das Niveau der gesetzlichen Rente wird - gemessen an den Löhnen - bis zum Jahr 2025 um etwa zehn Prozent sinken. Während das Rentenniveau aktuell bei 50,8 Prozent vor Steuern liegt, reduziert es sich bis zum Jahr 2025 auf 45,2 Prozent. Dies geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei hervor. Das Sicherungsniveau vor Steuern beschreibt das Verhältnis zwischen der Rente, die ein Durchschnittsverdiener nach 45 Jahren erhält, und dem Durchschnittseinkommen.

Nach Modellrechnungen geht das Ministerium davon aus, dass sich das Durchschnittseinkommen von aktuell 30 268 Euro auf 46 700 Euro im Jahr 2025 erhöht. Das ist eine Steigerung um 54 Prozent oder um etwas mehr als die Hälfte. Bei den Renten wird im selben Zeitraum dagegen eine Steigerung um knapp 34 Prozent zugrunde gelegt. Sollte es so kommen, wird der Abstand zwischen Löhnen und Renten deutlich wachsen. Die zwangsläufige Folge: das Rentenniveau sinkt.

Ein Ministeriumssprecher stellte aber klar: „Es geht nicht um ein Absinken der Rente, sondern um ein langsames Ansteigen.“ Das bewirken Dämpfungsfaktoren in der Rentenberechnungsformel, die im Zuge der zurückliegenden Rentenreformen eingefügt wurden. Das Ministerium spricht daher von einem „planmäßigen Absinken“ des Rentenniveaus - und zwar bis auf 43 Prozent im Jahr 2030. Die Dämpfungsfaktoren wurden von früheren Bundesregierungen beschlossen, um die Rentenbeiträge bezahlbar zu halten.

Diese Entwicklung war vorhergesehen worden. Deshalb wird in den regelmäßig von der Regierung veröffentlichten Rentenberichten seit Jahren auf das sinkende Rentenniveau aufmerksam gemacht und zur zusätzlichen Altersvorsorge mit der staatlich geförderten Riester-Rente geraten. Knapp 15 Millionen Bundesbürger haben einen solchen Ansparvertrag geschlossen.

Der Chef der Linkspartei, Klaus Ernst, erneuerte seine Forderung nach einer gesetzlichen Mindestrente: „Die Renten sind im freien Fall. Es muss eine verbindliche Untergrenze geben, die Altersarmut verhindert.“ Niemand dürfe im Alter weniger als 850 Euro im Monat haben, sagte er.

Über diese Forderung soll nach Darstellung des Arbeitsministeriums bei dem in der kommenden Woche beginnenden „Regierungsdialog Rente“ zur Vermeidung von Altersarmut gesprochen werden. Der Sprecher ließ aber durchblicken, dass Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) von einer steuerfinanzierten Mindestrente wenig hält. Die Ministerin werde mit eigenen Konzepten in die Gespräche gehen. Derzeit gelten etwa 2,4 Prozent oder 400 000 Rentner als arm und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Um die Zunahme von Altersarmut zu vermeiden und „den Sinkflug der Renten zu stoppen“, forderte die Präsidentin der Sozialverbands VdK, Ulrike Mascher, die Abschlagsfaktoren in der Rentenformel zu streichen. Diese führten seit Jahren zu Nullrunden und Minierhöhungen bei den Altersrenten. „Sie bewirken, dass die Rentenanpassung stets hinter einer positiven Lohn- und Gehaltsentwicklung zurückbleibt. Auch bei den Rentnern muss der Aufschwung wieder ankommen.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wandte sich gegen die Absicht der FDP, den Rentenbeitrag um 0,8 Prozentpunkte zu senken. Die Liberalen versprechen sich davon 100 000 neue Jobs. Der DGB will die gut gefüllten Rentenkassen stattdessen für bessere Rentenleistungen nutzen. dpa

**STEINHÜBL**